



HESSISCHER LANDTAG

20. 03. 2001

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Planungsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag missbilligt die sich widersprechenden Stellungnahmen von Ministerpräsident Koch und Wirtschaftsminister Posch zur Machbarkeit eines Nachtflugverbots im Rahmen des Ausbaues, die in der Öffentlichkeit für erhebliche Verunsicherung sorgen.
2. Der Landtag missbilligt darüber hinaus die zeitliche Verschleppung der notwendigen Planungsschritte und damit des Flughafen-Ausbaus durch beispielsweise die späte Durchführung des Scoping-Termins.
3. Der Landtag missbilligt weiterhin, dass das Regionale Dialogforum erst sehr spät von der Landesregierung über das vorgestellte Machbarkeitsgutachten eines Nachtflugverbots auf Rhein-Main informiert und damit nicht rechtzeitig in den notwendigen Informationsfluss eingebunden wurde.
4. Der Landtag weist die jüngsten Stellungnahmen aus der Wirtschaft gegen ein Nachtflugverbot zurück und fordert von der Landesregierung, der Flughafen Frankfurt Main AG sowie von den am Flughafen Frankfurt tätigen Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft, dass sie aktiv daran mitarbeiten, die Einführung des Nachtflugverbots mindestens von 23.00 Uhr bis 5.00 Uhr zu erreichen und dauerhaft sicherzustellen.
5. Der Landtag fordert, mit einer deutlichen Reduzierung der nächtlichen Flugbewegungen bereits jetzt zu beginnen. Dazu ist ein Stufenplan für Lärminderungsmaßnahmen vorzulegen, der eindeutig und überprüfbar die nächsten Schritte festlegt.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, vor dem Plenum des Landtags darzustellen, inwieweit das bei der Anhörung im Mai 2000 vorgestellte Zehn-Punkte-Programm der Flughafen Frankfurt Main AG umgesetzt worden ist:
 1. Nutzung anderer Standorte, z.B. des Flughafens Hahn.
 2. Förderung der Nutzung anderer Verkehrsträger, insbesondere der Bahn.
 3. Selbstbeschränkungen der Fluggesellschaften in der Nachtzeit. Verzicht auf geplante Linienflüge, Begrenzung der Fracht- und Ferienflüge bei Optimierung der Kapazität am Tag.
 4. Prüfung einer Verlagerung des Nachtpoststerns zum Flughafen Hahn.
 5. Verbindliche Einführung und Nutzung besonders lärmarmer An- und Abflugverfahren in der Nacht.
 6. Bereitstellen von Mitteln für ein Lärmschutzprogramm für besonders belastete Gebiete.

7. Kopplung der Landengebühren an den tatsächlich gemessenen Lärm.
 8. Noch stärkere finanzielle Belastung nächtlicher Flugbewegungen.
 9. Weitere Verbesserung der Fluglärmüberwachung.
 10. Einrichtung eines Infofons rund um die Uhr für alle Bürgeranfragen zu Lärm und Ausbau.
-
7. Die Landesregierung wird aufgefordert, den aktuellen, mit der Fraport AG abgestimmten Zeitplan offen zu legen.
 8. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Zwischenbericht über die Arbeit des Regionalen Dialogforums zu erstatten.
 9. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungsergebnisse des Ministerpräsidenten mit der Deutschen Lufthansa AG, der Deutschen Post AG, der Barig sowie der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrtunternehmen über die Realisierung des Nachtflugverbots vor dem Plenum offen zu legen.

Wiesbaden, 20. März 2001

Der Fraktionsvorsitzende:
Armin Clauss